

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/4450 –

Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis (Jahresabrüstungsbericht 1995)

Der Bundestag wolle beschließen:

Global findet einschneidende Abrüstung nicht statt. Wo es in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zu Reduzierungen bei Rüstungsausgaben, bei militärischem Personal und militärischer Ausrüstung kam, handelte es sich im wesentlichen um den Abbau militärisch sinnloser Überkapazitäten aus den Zeiten der Ost-West-Konfrontation. Der Abbau dieser Rüstungsarsenale zeugt nicht von der Vernunft der Politik, sondern von der Unvernunft des im Kalten Krieg angeheizten Rüstungswettlaufs. In der Substanz und in ihren Fähigkeiten blieben die militärischen Potentiale weitgehend unangetastet. Zum Teil wurden sie durch fortschreitende Modernisierung noch ausgebaut.

Die Diskussionen im OSZE-Forum für Sicherheitskooperation über neue Abrüstungsschritte treten seit Jahren auf der Stelle. Ein neuer Abrüstungsvertrag (KSE II) ist nicht in Sicht. Statt auf Abrüstung und Vertrauensbildung in Kombination mit regionalen und globalen nichtmilitärischen kooperativen Sicherheitssystemen, ist die Politik der NATO darauf gerichtet, ihre Dominanz zu erhalten und auszubauen, das Bündnis selbst als „Weltpolizei“ zu installieren und dementsprechend zu strukturieren und umzurüsten, weiterhin auf militärische Stärke zu setzen.

Die Abrüstungspolitik der Bundesregierung ist völlig unzureichend. Soweit sie überhaupt stattfindet, zielt sie auf Erhalt und Ausbau der militärischen Vorteile der NATO einschließlich ihres Atomwaffenpotentials und auf die militärische Effektivierung und Rationalisierung der Bundeswehr, um diese zu befähigen, ihre neuen Aufgaben weltweiter Interventionen wahrnehmen zu können. Die Bundesregierung ist an substantieller Abrüstung nicht interessiert. Mit ihrem Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht

möchte sie die derzeitige Personalstärke der Bundeswehr erhalten. Die Einschnitte im Rüstungsbereich in der ersten Hälfte der 90er Jahre ergaben sich fast ausschließlich als Folge von Wirtschaftskrise und Haushaltsengpässen. Die Bundesregierung hat diesbezüglich auch noch eine Trendwende eingeleitet.

Diese negative Bilanz bemüht sich der Abrüstungsbericht der Bundesregierung angestrengt, aber erfolglos zu kaschieren. Umso dringlicher ist es, mit realer Abrüstung als kontinuierlicher, längerfristig angelegter Politik unverzüglich zu beginnen. Unilaterale Abrüstungsschritte sind Voraussetzung und können Anstoß sein für einen Prozeß europäischer und globaler Abrüstung. Erste Schritte sollten unternommen werden.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert,

1. den umgehenden Abzug der noch in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Atomwaffen sicherzustellen und die Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für alle Zukunft auszuschließen,
2. sämtliche militärischen Modernisierungs- und Neubeschaffungen für die Bundeswehr sofort auszusetzen und die diesbezüglichen Planungen und Entwicklungen einzustellen,
3. durch die Abschaffung der Wehrpflicht die Personalstärke der Bundeswehr drastisch zu reduzieren und den verbleibenden Bestand bis auf weiteres um jährlich 10 % in allen Waffengattungen zu reduzieren,
4. im Laufe dieses Jahres ein Programm zur Konversion der Rüstungsindustrie vorzulegen, das eine sozialverträgliche Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile Produkte innerhalb von zehn Jahren ermöglicht,
5. eine Initiative zu einem neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung (KSE II) zu ergreifen, die u. a. folgende Elemente enthält:
 - die Absenkung der Obergrenzen bei Großwaffensystemen,
 - die Reduzierung der Personalstärke der Streitkräfte,
 - die Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit der Streitkräfte,
 - die Schaffung militärfreier Zonen in Europa, beginnend in den Bereichen Ostsee, Mittelmeer und Schwarzes Meer,
 - die Etablierung präventiver Rüstungskontrollmechanismen.

Bonn, den 8. Mai 1996

Dr. Gregor Gysi und Gruppe